

presse

Jemen: Interessen aller Bürger bündeln

Zu den aktuellen Massenprotesten gegen die Regierung des Jemen am "Tag des Zorns" und dem Verzicht des Präsidenten, Ali Abdallah Saleh, nochmals für eine weitere Amtszeit zu kandidieren erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Günter Gloser:

Auch die Bürger des Jemen müssen eine Chance für mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Partizipation bekommen. Der Verzicht des Präsidenten Ali Abdallah Saleh, nochmals für eine weitere Amtszeit zu kandidieren signalisiert deutlich, dass auch im Jemen die Zeichen auf Wandel stehen. Die jemenitische Regierung muss künftig die Diskriminierung von einzelnen Volksgruppen oder religiösen Gruppen im Land unterlassen und bei ihren Maßnahmen das gemeinsame Interesse aller Bürger des Landes berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für das Zusammenwachsen des Nordens und Südens.

Die auf der Londoner Jemen-Konferenz 2010 gegründete Gruppe "Friends of Yemen" muss nun für den Weg der Veränderung eintreten. Im Rahmen der Konferenz beabsichtigte Zahlungen müssen an Voraussetzungen, wie zum Beispiel die Korruptionsbekämpfung, geknüpft werden.

Nur mit Geld wird den Problemen des Jemen nicht beizukommen sein. Entscheidend wird es sein, dass der Reformprozess des Landes von allen mitgetragen wird.